

Grundsatzprogramm des SPD-Kreisverbands Sigmaringen

Unser Kreis kann mehr.



Beschlossen auf dem SPD-Kreisparteitag am 27. Februar 2009 in Sigmaringen

Einleitung

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten beziehen in diesem Grundsatzprogramm klar Stellung zu den vielseitigen politischen Herausforderungen für unseren Landkreis Sigmaringen. Wir wollen die politischen Prozesse nicht nur begleiten sondern auch aktiv mitgestalten.

Dabei stehen wir für eine bürgernahe Kreispolitik, die Bewährtes zusammenhält und verantwortungsvoll Strukturen erneuert, wo dies notwendig ist. Wir wollen entscheidend dazu beitragen, dass unser Landkreis Sigmaringen die in ihm steckenden Potentiale voll ausschöpfen kann.

Denn unser Kreis kann mehr.

Wirtschaft und Infrastruktur

Der Landkreis Sigmaringen ist aufgrund seiner landschaftlichen und kulturellen Reize beliebtes Ziel von Touristen. Der Tourismus ist für den Kreis ein entscheidender Wirtschaftsfaktor und muss deswegen verstärkt gefördert werden. Für uns ist dabei klar, dass eine Tourismuspolitik des Kreises Vorrang vor der einzelner kleinerer Tourismusverbände haben muss.

Ebenfalls prägend für unseren Landkreis sind die Bundeswehrstandorte in Sigmaringen, Stetten a.k.M., Hohentengen und Pfullendorf. Die SPD steht auf der Seite der Soldatinnen und Soldaten, die in unserem Landkreis zuhause sind.

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten gilt für uns: wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz vor Ort! Wir begrüßen daher den im Zuge des Konjunkturpaketes II errichteten kommunalen Investitionsfonds, der auch Vorhaben in den Städten und Gemeinden unseres Landkreises anstößt und dazu beiträgt, regionale Arbeitsplätze zu erhalten.

Wir unterstützen die Gründung einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft im Landkreis Sigmaringen. Hierbei sollten sich alle 25 Gemeinden im Landkreis beteiligen.

Im Zuge der immer mehr voranschreitenden globalen Vernetzung stellt auch eine schnelle und zuverlässige Anbindung an die „Datenautobahn“ Internet einen entscheidenden Standortfaktor dar. Leider sind immer noch große Gebiete im Landkreis von der DSL-Versorgung abgeschnitten. Wir setzen uns daher für einen zügigen und flächendeckenden Ausbau der Breitbandversorgung im Landkreis ein.

Bildung und Familie

Gute Bildung ist für uns immer noch das zentrale Fundament für gesellschaftlichen Aufstieg, Wohlstand und Teilhabe. Deshalb nimmt die Bildungspolitik für uns einen hohen Stellenwert ein.

Unsere Bildungspolitik beginnt bei den Kleinsten. Um die Potentiale eines jeden Kindes bereits früh erkennbar zu machen und zu fördern, stehen wir für einen bedarfsgerechten Ausbau der Kleinkindbetreuung im Landkreis. Damit schaffen wir Angebote für junge Frauen, die eine Familie gründen und dennoch ihren Beruf nicht aufgeben wollen.

Viele Eltern können es sich angesichts hoher Gebühren nicht leisten, das örtliche Kindergartenangebot zu nutzen. Wir wissen aber um die enorme Wichtigkeit frühkindlicher Förderung und bleiben deswegen bei unserer langjährigen Forderung, die Kindergartengebühren in den Städten und Gemeinden unseres Landkreises abzuschaffen.

Die SPD begrüßt die Entwicklungen im Bereich der Ganztagesbetreuung an den Schulen im Landkreis Sigmaringen. Längeres gemeinsames Lernen ist für uns der Schlüssel zu einer besseren Bildung unserer Kinder. Allerdings muss das Land endlich seiner Pflicht nachkommen und das notwendige Personal zur Verfügung stellen.

Unser Landkreis bietet ein reichhaltiges Bildungsangebot in Form von allgemein bildenden und fachspezifischen Schulen. Diese Vielfalt muss nicht nur erhalten bleiben sondern auch weiterhin verstärkt werden, um jedem Schüler zu ermöglichen, seine eigenen Stärken zum Ausdruck zu bringen. Wenn dafür längere Schulwege in Kauf genommen werden müssen, so muss der Landkreis dies unterstützen. Durch den mit CDU-Mehrheit gefassten Beschluss des Kreistags, nur noch Wege zur nächstgelegenen Schule zu subventionieren, wird in unserem Landkreis den Schülern, deren Eltern sich einen erhöhten Eigenanteil nicht leisten können, die für sie bestmögliche Förderung nicht ermöglicht. Deshalb werden wir diesen Beschluss rückgängig machen. Darüber hinaus fordern wir, für Kinder, die Kitas, Kindergärten und Schulen besuchen, bis zur Vollendung des 10. Schuljahres keine Beförderungskosten zu erheben. Wir sehen dies als einen wichtigen Schritt zur Chancengleichheit im Flächenlandkreis Sigmaringen an. Die Freistellung von Beförderungskosten sollte selbstverständlich auch altersunabhängig für alle Kinder mit Behinderung gelten.

Der demographische Wandel geht auch an uns nicht spurlos vorbei. Aufgrund des Rückgangs der Schülerzahlen sind einige Schulen in ihrer Existenz gefährdet und müssen mit anderen zusammengelegt werden. Wir kämpfen für den Erhalt kleinerer Schulen in der Fläche, wo dies möglich ist.

Bildung hört für uns nicht mit dem Schulabschluss auf sondern ist ein Prozess, der sich durch das ganze Leben zieht. Deshalb kämpfen wir für eine gute fachliche und finanzielle Ausstattung unserer Berufsschulen in Sigmaringen und Bad Saulgau und der Fachhochschule Albstadt-Sigmaringen durch das Land. Durch die Erhebung von Studiengebühren wird die soziale Selektion weiter verstärkt und Kinder geringverdienender Eltern von einem Studium abgehalten. Wir bleiben deswegen bei unserer Ablehnung von Studiengebühren.

Für den Arbeitsmarkt der Zukunft werden gut ausgebildete Fachkräfte von entscheidender Bedeutung sein. Deshalb ist es für uns umso wichtiger, dass jeder Schulabgänger einen Ausbildungsplatz erhält. In Zusammenarbeit mit den ansässigen Betrieben und Unternehmen setzen wir uns dafür ein, dass die vorhandenen Ausbildungsplätze in unserem Landkreis erhalten bleiben und zusätzliche entstehen.

Gesundheit und Soziales

Seit 1. Januar 2009 sind die Krankenhäuser in Sigmaringen, Bad Saulgau und Pfullendorf zu einem einheitlichen Plankrankenhaus zusammengeführt. Dies ist ein wesentlicher Schritt zum Erhalt der drei Kliniken in kommunaler Trägerschaft, den wir unterstützt haben. Wir stehen dazu, dass auch künftig der Einfluss der öffentlichen Hand auf die Krankenhäuser erhalten bleibt. Dies kann durch Bereitstellung von Finanzmitteln aus dem Kreishaushalt geschehen. So wird auf Dauer die qualifizierte Versorgung der Patienten gesichert. Wir fordern weiterhin, dass das Land Baden-Württemberg entsprechende Mittel für nötige Investitionen bereitstellt. Eine Privatisierung lehnen wir ab, da die Gesundheitsvorsorge und medizinische Versorgung für die Bürger, auch bei einer immer älter werdenden Bevölkerung, ein hohes Gut darstellt und deshalb in staatlicher Verantwortung bleiben muss.

Für die kommunale Sozialpolitik ist im Landkreis ein großes Netz vielfältiger Angebote vorhanden. In erster Linie sind es freie Träger, die Angebote für ältere Menschen, Behinderte, Kinder und Jugendliche bereitstellen. Für uns ist auch künftig der Erhalt der wohnortnahen Versorgung im ländlich geprägten Kreis besonders wichtig. Hierzu muss

der Landkreis auch einmalige oder laufende finanzielle Zuschüsse geben. Die Hilfe zur Selbsthilfe und der Grundsatz "ambulant vor stationär" bei Schaffung von neuen Diensten und Einrichtungen haben aber für uns Vorrang. Dabei kommt dem bürgerschaftlichem Engagement eine verstärkte Bedeutung zu. Wir setzen uns für transparente und bürgernahe Informationen ein, um im Landkreis hilfsbedürftigen Menschen unbürokratisch und schnell helfen zu können.

Verkehr

Nach langem Ringen und unermüdlichem Einsatz der Anwohner und zahlreicher SPD-Kommunal- und Landespolitiker wurde Ende 2008 endlich die Ortsumgehung Herbertingen beschlossen und damit ein wichtiges Verkehrsprojekt in Angriff genommen. Wir sind davon überzeugt, dass die Ortsumgehung zu einem Mehr an Lebensqualität für die Bürger führen wird und setzen uns dafür ein, dass ähnlich verkehrsbelastete Gemeinden ebenfalls eine Ortsumgehung erhalten.

Ein Hauptaugenmerk unserer Verkehrspolitik liegt aber auch auf der Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs im Landkreis Sigmaringen, der völlig unzureichend ausgebaut ist. Was die ÖPNV-Infrastruktur anbelangt, liegt der Landkreis zum Teil weit hinter anderen Landkreisen zurück. Busverbindungen zwischen einzelnen Gemeinden sind nur bedingt vorhanden, von Zugverbindungen ganz zu schweigen. Die Gelder, die in diesem Zusammenhang dringend notwendig wären, werden entweder gar nicht oder nur unzureichend zur Verfügung gestellt.

Menschen, die aus finanziellen Gründen über kein eigenes Automobil verfügen und daher dringend von öffentlichen Verkehrsmitteln abhängig sind, sowie Berufspendler, ältere Menschen und Jugendliche sind die Leidtragenden dieser infrastrukturellen Misere. Gerade in Zeiten hoher Spritpreise wären vernünftige Bedingungen im Bereich der öffentlichen Verkehrsmittel auch eine Entlastung für den Geldbeutel eines jeden Einzelnen. Gleichzeitig würde der Landkreis durch eine Verbesserung der Situation des ÖPNV einen sinnvollen Beitrag zum Umweltschutz leisten.

Wir fordern daher höhere Investitionen in diesem Bereich und einen Ausbau der Bus- und Zugverbindungen sowie den Stopp weiterer Schließungen von Bahnhöfen und -linien. Weiterhin treten wir für eine Wiederinbetriebnahme von bereits geschlossenen Bahnhöfen wie etwa in Meßkirch ein.

Umwelt

Der Landkreis Sigmaringen bietet eine vielgestaltige Landschaft, deren Reiz und Attraktivität einerseits zu einem erheblichen Teil zur Lebensqualität für die Kreisbewohner beiträgt und andererseits durch den Tourismus einen wichtigen Wirtschaftsfaktor darstellt. Beides darf nicht durch vorschnelle und in den Konsequenzen zu wenig bedachte Schritte aufs Spiel gesetzt werden.

Die landschaftliche Schönheit und die in weiten Teilen noch intakte Natur zählen zu unseren Ressourcen, ohne die auch ein sanfter Tourismus im Landkreis Sigmaringen nicht möglich wäre. Dieser muss sich an den Zielen der Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit orientieren. Deswegen unterstützen wir die Forderungen nach klaren Schutzregelungen in besonders sensiblen Naturlandschaften wie dem Naturpark Obere Donau und alle Entwicklungsmaßnahmen zur Wiederherstellung von naturnahen Lebensräumen.

Leider weist der Landkreis trotz kontinuierlichem Bevölkerungsrückgang weiterhin umfangreich Bauland und Gewerbegebiete aus und trägt so mit zum immensen Flächenverbrauch in Baden-Württemberg bei. Durch diesen unnötigen Verlust von Grünland lässt auch in unserer Region die Artenvielfalt nach. Für uns ist klar: In der

Siedlungsentwicklung muss die Konzentration auf die Innenentwicklung der Städte und Dörfer ausgerichtet sein. Unzersiedelte, zusammenhängende Landschaftsräume sollen erhalten werden, um somit auch die Eingriffe in die Natur gering zu halten und Beeinträchtigungen leichter ausgleichbar zu machen.

Energie

In den vergangenen Jahren rückte das Thema Energie in den Vordergrund. Doch nicht nur der Klimawandel, sondern auch die Preisschwankungen bei Heizöl und Treibstoffen sowie die Preissteigerungen bei Strom und Gas machen sich negativ bemerkbar. Die Bürgerinnen und Bürger, das Handwerk und die Industrie benötigen jedoch eine verlässliche und umweltverträgliche Energieversorgung. Diese Faktoren müssen für den Bereich der kommunalen Energiepolitik in stärkerem Maße berücksichtigt werden als bisher. Wir halten daher einen Ausbau von regionalen regenerativen Energiequellen für unerlässlich um auch Arbeitsplätze im Kreis zu erhalten und zu schaffen.

Daher sollten sich der Kreis und die Gemeinden mit ihren Eigenbetrieben in Zukunft noch stärker im Bereich der Energieerzeugung engagieren. Sie sollten zum Energieerzeuger für regenerative und regionale Energiequellen wie Holz, Biomasse, Sonne und Wind werden und nicht nur die benötigte Energie bei fremden Kraftwerken einkaufen. Die Inbetriebnahme der Photovoltaikanlage auf der Deponie Ringgenbach ist daher zu begrüßen. Wir sehen dies als kleinen Schritt in die richtige Richtung.

Da unser Kreis zu einem Großteil mit Wald bewachsen ist, fordern wir die Schaffung von Hackschnitzelheizkraftwerken. Zum einen wächst Holz wieder nach und als regionaler Rohstoff fließt auch das Geld wieder in die Region zurück und generiert Arbeitsplätze. Weiterhin bietet der hohe Wirkungsgrad von über 90 % einen zusätzlichen Beitrag zum Klimaschutz. Neben dieser Energiequelle sehen wir auch die Verwertung von Biomasse vor allem in der Landwirtschaft als zukunftsfähig an. Hierbei muss, wie auch bei den Hackschnitzelkraftwerken, ein Augenmerk darauf gelegt werden, dass die Verarbeitungskapazitäten nicht die regional erzeugte Biomasse übersteigt. Denn was nicht weit transportiert wird, spart Energie und Kosten.

Die Energiepolitik für den Kreis Sigmaringen sollte sich auf unsere landwirtschaftliche und bewaldete Struktur besinnen. So haben wir in der Kombination mit Wind- und Sonnenenergie die Chance, eine ökologisch und ökonomisch verlässliche und vernünftige Energieversorgung zu schaffen.

Kriminalitätsbekämpfung

In der Innenpolitik des Landes wird das Auseinanderklaffen von Reden und Taten bei der CDU besonders deutlich. Auf der einen Seite werden der Polizei in Zeiten des islamistischen Terrorismus und steigender Kriminalität neue Ermittlungskompetenzen gewährt, die zum Teil erheblich in die Bürgerrechte eingreifen, andererseits werden landesweit über 900 Arbeitsplätze bei der Polizei gestrichen. Diese Entwicklung wird auch an unserem Landkreis nicht spurlos vorbei gehen. Im schlimmsten Fall droht hier eine Reduzierung der Polizeikräfte um 7 Prozent. Zudem ist unklar, ob im Zuge der Personaleinsparungen alle acht Polizeiposten erhalten werden können. Eine solche Politik legt das Versagen der CDU im Bereich der Inneren Sicherheit offen.

Gerade aber der ländliche Raum braucht eine angemessene Polizeipräsenz um für die Bürger Sicherheit zu gewährleisten, insbesondere in den Nachtstunden und am Wochenende. Deshalb treten wir für den Erhalt und die personelle Verstärkung aller Polizeidienststellen im Landkreis sowie für längere Präsenzzeiten der Polizeiposten in Gammertingen, Mengen, Meßkirch, Ostrach und Stetten a.k.M. ein.